

Ein Baustein gegen die Abwanderung

Vogelsbergkreis unterstützt Hochschule Vogelsberg mit 180 000 Euro

LAUTERBACH

Am ehemaligen Amtsgericht in Lauterbach wird seit Wochen gewerkelt. Im Juni soll das Studienzentrum Vogelsbergkreis von Steinbeis, einem Betreiber privater Hochschulen, den Betrieb aufnehmen. In der Kreispolitik sorgte das als „Hochschule Vogelsberg“ firmierende Vorhaben kürzlich für Diskussionen – vor allem, weil der Kreis 180 000 Euro Anschubfinanzierung zur Verfügung stellen will.

Von unserem Redaktionsmitglied **WALTER KREUZER**



Das ehemalige Amtsgericht Lauterbach wird seit Wochen saniert und umgebaut. Im Juni 2017 soll dort die Hochschule Vogelsberg einziehen. Foto: Walter Kreuzer

Auch wenn Grünen-Fraktionschef Dr. Udo Ornik noch in seiner Haushaltsrede im Kreistag von einem „unausgegorenen Vorschlag“ sprach, eine private Hochschule finanziell zu unterstützen – Landrat Manfred Görig (SPD) und seinen Vize Dr. Jens Mischak (CDU) konnte er im Plenum ebenso wenig wie sein Kollege Michael Riese (Linkspartei) umstimmen.

Drei Jahre lang will der Kreis je 60 000 Euro zahlen. Adressat ist nicht die Firma Steinbeis, sondern der Förderverein für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Vogelsbergkreis, hinter dem fünf Lauterbacher Unternehmer und Manager stehen. Görig: „Wenn es nach drei Jahren nicht funktioniert, haben wir immerhin einen Versuch gestartet.“

Es ist nicht der erste, wie der

Landrat betont: „Wir haben lange mit der TH Mittelhessen über einen Standort im Kreis diskutiert. Dabei ist klar geworden, dass wir einfach nicht die dafür notwendige Anzahl Studenten aufbieten können. Es fehlen einfach die Zahlen.“ Daher hätten sich „dann die Unternehmen mit eigenem Geld auf den Weg gemacht. Ihnen geben wir nun einen Zuschuss zu ihrer Anschubfinanzierung. Auch bei einer staatlichen Hochschule hätten wir einen Zuschuss tragen müssen.“ Es gehe darum, „einen Teil der Jugendlichen, die studieren wollen, im Vogelsberg zu halten“.

Ähnliche Argumente hatte der Lauterbacher Architekt Stephan Mölig. Er stellte mit seinen Mit-Initiatoren Norbert Jäger (Alpha GmbH), Norbert Lautenschläger (Volksbank Lauterbach-Schlitz), Aleksandar Stojanovic (STI) und Dr. Christian Rohm (Duo Plast) den Kreispolitikern das Projekt vor, in das sie 400 000 Euro und über Jahre zeitliches Engagement einbringen.

„Wir wollen etwas gegen die Abwanderung tun und die Region durch ein zusätzliches Bildungsangebot stärken“, betonte Mölig und ergänzte: „Wir haben keine politischen oder fi-

nanziellen Interessen.“ Der Architekt bestätigte, was auch Mischak angeführt hatte: Immer mehr Jugendliche studieren. Lag ihr Anteil in einem Jahrgang vor 20 Jahren bei 20 bis 25 Prozent, seien es heute mehr als die Hälfte und 2030 gut zwei Drittel. Allerdings, so Mölig mit Blick auf hohe Mieten in den Hochschulstädten, „haben wir auch Abiturienten, die nicht das Geld haben, um studieren zu können. Hier können sie aber studieren und daheim wohnen bleiben.“

„Natürlich treibt die Unternehmen das Thema Fachkräftesicherung um. Steinbeis

braucht eine Anschubfinanzierung. Deshalb gibt es dieses wahnsinnige Engagement von Unternehmenseite. Wir wollen eine Hochschule nachhaltig und fest etablieren“, ergänzte Norbert Jäger. Das Konzept sieht vor, dass die Kosten im Rahmen einer dualen Ausbildung von den Unternehmen getragen werden. Mölig: „Wir sind froh, wenn wir über das ganze Jahr 40 bis 50 Studenten vor Ort haben. Sie haben eine Präsenzzeit von sechs bis zwölf Wochen je nach Semester.“ Dafür sei ein Pool von „50 Firmen, die immer wieder Studenten schicken“ nötig.

Fahrzeuge beschädigt

LAUTERBACH Wie der Polizei erst jetzt bekannt wurde, hat ein Unbekannter die linke Fahrzeugseite eines silberfarbenen Mercedes-Benz zerkratzt, der am Eisenbacher Tor in Lauterbach abgestellt war. Die Tat ereignete sich demnach zwischen 22. und 26. Dezember. Der Schaden wird auf circa 1500 Euro geschätzt. Einen verbogenen Scheibenwischerarm beklagte zudem der Fahrer eines silberfarbenen Peugeot, der zwischen Mittwochabend und Freitagmorgen in der Rimloser Straße gegenüber dem ehemaligen Holzwerk geparkt war. nz

Wanderung auf den Sengersberg

BAD SALZSCHLIRF Das Jahr geht zu Ende: Traditionell wird in Bad Salzschlirf am Silvestertag heute, Samstag, auf den Sengersberg gewandert, teilt die Tourist-Info mit. Das Heinrich-Heine-Straßen-Team würde sich freuen, wenn viele Wanderer auf den Berg kämen, um bei Glühwein und anderen warmen und kalten Getränken das Jahr zu verabschieden. Der Erlös aus dem Verkauf fließt einem gemeinnützigen Zweck zu. Das Lagerfeuer brennt ab 13 Uhr. nz

KURZ & BÜNDIG

EINE STADTFÜHRUNG findet heute, Samstag, in Herstein statt. Besichtigt werden unter anderem unterirdische Gewölbe, Reste der Burganlage und Stadtmauer. Los geht es um 14 Uhr auf dem Marktplatz. Die Teilnahme kostet bis zu drei Euro pro Person.

Karten zum Bahnausbau: Noch nicht alles berücksichtigt

Raumwiderstände in den Planungsunterlagen der Bahn / Gespräche mit K+S im Januar

NEUHOF

Die Deutsche Bahn hat bestätigt, dass das Unternehmen in Kontakt zu K+S steht. Außerdem nannte die Bahn Einzelheiten zu Raumwiderständen genannte Hindernissen in der Region beim geplanten Ausbau der Bahnstrecke Fulda-Gelnhausen.

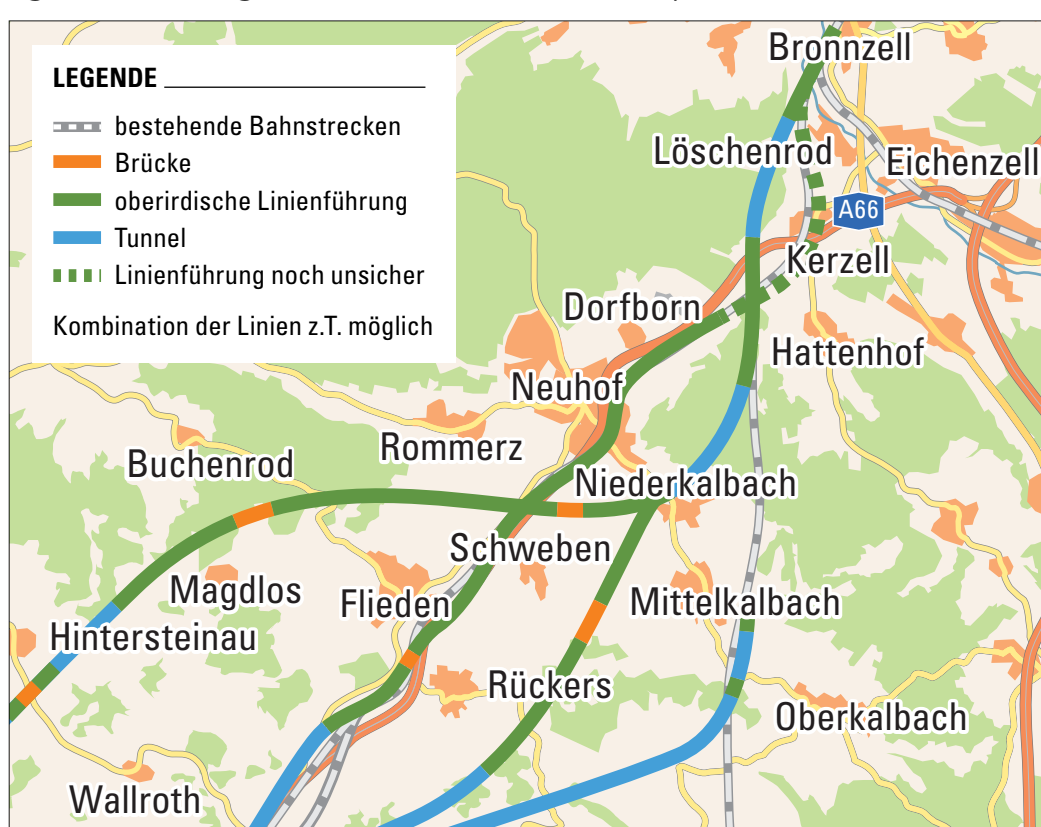
Der Kontakt von Bahn und K+S betrifft Befürchtungen des Bergbauunternehmens, dass Gleise über zukünftiges Kali-Abbaugelände bei Flieden geführt werden könnten. Wie eine Bahnsprecherin auf Nachfrage unserer Zeitung mitteilte, sei der untertägige Abbau von Kalisalz bei den Raumwiderständen noch nicht berücksichtigt, „da entsprechende Daten über Abbaubereiche nicht allgemein verfügbar sind“. Dies sei Gegenstand einer vertiefenden Untersuchung für weiter zu verfolgende Varianten. Bislang sind sieben Korridore im Gespräch, wovon vier durch die drei Südkreis-Gemeinden verlaufen; die drei übrigen durch den Spessart. Der Korridor der Variante VII führt an Stork, Döngesmühle, Magdlos, Rommerz und Neuhofer vorbei und könnte, so die Sorge von K+S, über das Revier 2 bei Flieden verlaufen und damit die Entwicklung der Mine in diesem Bereich beeinträchtigen oder ganz stoppen. Im Januar soll es Gespräche beider Firmen geben. Ein Grund für das Treffen

kann auch in den bisher veröffentlichten Landkarten und Skizzen im Rahmen des seit 2014 laufenden Dialogforum genannten informellen Mediationsverfahrens gesehen werden: In ihnen sind zwar unterirdische Raumwiderstände etwa bei Rommerz und am Opperper Berg eingezeichnet. Dabei handelt es sich laut Bahn jedoch ausschließlich um Trinkwasserschutzgebiete. Denn bei der bisher durchgeführten Grobanalyse seien zunächst nur allgemein zugängliche, frei verfügbare Daten für die Erstellung der Karten her-

NACHGEHAKT NACHGEFRAGT

rangezogen worden. Bei den unterirdischen Raumwiderständen seien nur Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete berücksichtigt worden. Zudem seien Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Grundwasser und oberflächennahe Lagerstätten aus den Regionalplänen hinzugekommen, jedoch keine Bergbauflächen.

Wie die Bahnsprecherin betont, würden alle möglichen Raumwiderstände gesammelt und bewertet: „Sollten sich unüberwindbare Konflikte oder Risiken abzeichnen, wird gegebenenfalls auf eine Rückstellvariante zurückgegriffen.“ Das sind mögliche Trassenverläufe zwischen Korridoren, die zunächst nicht weiter verfolgt werden. Für Rommerz und Opperper ist aktuellen Planungen zufolge keine Alternative vor-



Vier Varianten sind für den Bahnausbau in den Südkreis-Gemeinden denkbar. Die Trassenlinien sind bislang Vorschläge innerhalb eines jeweils einen Kilometer breiten Korridors. Jede Variante betrifft die Kommunen unterschiedlich stark und stellt die Planer vor verschiedene Herausforderungen. Grafik: Michael Haipeter

gesehen. Dass Korridore durch Wasserschutzgebiete verlaufen können, begründet die Bahn damit, dass „im Suchraum keine Varianten gefunden werden konnten, die ohne eine Beanspruchung von hohen und sehr hohen Raumwiderstandsflächen auskommen würden“.

Es sei versucht worden, hohe Raumwiderstände weitestgehend zu umgehen, „was aber auch nicht in allen Fällen gelingt“. Bei Wasserschutzgebieten bestehe für Bauvorhaben, „die überwiegend Allgemeininteressen dienen, die Möglichkeit einer Ausnahme von

den Schutzgebietsverboten“. Hier bestünden für den Fall, dass die Variante VII ausgewählt wird, „gute Aussichten, das Vorhaben unter Beachtung besonderer Bedingungen oder Auflagen zu realisieren, ohne den Schutzzweck dieser Gebiete zu gefährden. Daher wurde

die Variante weiter verfolgt“. Dass der als Trassenvariante VII bezeichnete Korridor am nordöstlichen Rand des von der Bahn definierten Suchraums für eine neue Gleisstrecke streckenweise außerhalb entlanggeführt, wird nicht als Problem gesehen; Rommerz, wo sich eine Bürgerinitiative gegründet hat, und Rückers sind von Variante VII betroffen: „Der Suchraum ist nicht als völlig strikte Bearbeitungsgrenze zu verstehen“, heißt es bei der Bahn. Er sei zwar definiert worden, um „das Bearbeitungsgebiet einzugrenzen“. Maßgeblich sei die Einhaltung der Fahrzeitvorgabe von 45 Minuten zwischen Frankfurt und Fulda gewesen. „Der kleinräumige Blick über den Tellerrand ist natürlich weiterhin möglich beziehungsweise sogar geboten. Sofern Lösungen erkennbar sind, die sich kleinräumig außerhalb des Suchraums bewegen, die Fahrzeitvorgabe aber erfüllen, sind diese weiter zu verfolgen.“ Die Datenerhebung durch Umweltgutachter sei daher einen Kilometer über den Suchraum hinaus erfolgt.

Die Bahn will den Trassenabschnitt Fulda-Gelnhausen, weil er wegen des Wachstums des mit norddeutschen und skandinavischen Seehäfen verbundenen Güterverkehrs als Engpass gilt und als überlastet bewertet wird. Um die enge Taktung von Zügen im transnationalen Verkehr einzuhalten, hat die Bahn die Vorgabe, dass Züge die Strecke Fulda-Frankfurt in bis zu 45 Minuten bewältigen sollen. nz